



# Neueinstellungen sind noch nicht alles!

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



In Suhl, das berichteten die Medien, hat der LPI-Leiter versprochen, in Zukunft mehr Streifen im Stadtgebiet zum Einsatz zu bringen. Da stellt sich dem geneigten Leser die Frage: Von welchen Personalreserven wird der LPI-Leiter zehren? Aus anderen Dienststellen wie Hildburghausen oder Meiningen werden die zusätzlichen Streifen sicher nicht kommen können. Bleibt ja fast nur die ESU. In erster Linie wird wohl der Einsatzzug einspringen müssen. Der Einsatzzug, dessen Existenz hinter vorgehaltenen Händen durchaus debattiert wird. Warum? Vielleicht um die Bereitschaftspolizei endlich auf die Stärke zu bringen, die Thüringen dem Bund gegenüber versprochen hat. Aber welche Reserve bleibt einem LPI-Leiter dann noch für eventuell auftretende Bedarfe wie gerade in Suhl?

Nun ein anderer LPI-Leiter greift da ganz radikal auf die Kollegen zurück, die eigentlich die sogenannte technische Verkehrsüberwachung gewährleisten sollen. Diese Einheit gibt es in dieser LPI vorläufig erst einmal nicht mehr. Okay, wenn der Druck auf das Innenministerium groß genug wird, für den Fall, dass die im Landeshaushalt erwarteten mehr als 30 Millionen Euro Bußgelder nicht erreichbar scheinen, wird sich auch dieser LPI-Leiter daran erinnern, dass da in seinen Garagen noch Messtechnik schlummert. Der Ein-

satz dieser Technik dient natürlich nicht in erster Linie der Generierung von Bußgeldern, sondern der Steigerung der Verkehrssicherheit. Fakt ist aber, beides wird nur erreicht, wenn die vorhandene Messtechnik auch eingesetzt wird und sich nicht die Reifen platt steht.

Diese Zeilen sollen und dürfen nicht als Bewertungen der Entscheidungen der beiden LPI-Leiter angesehen werden. Ich weiß, dass die Kollegen die Lage, in der sich ihr Schutzbereich befindet, gewissenhaft beurteilt und die Entscheidungen daraus folgend getroffen haben. Etwas anderes wird an dieser Stelle deutlich. Die Thüringer Polizei krankt an allen Ecken und Enden an zu wenig Personal, der neue Innenminister in Thüringen hat das Dilemma erkannt und um die 260 Einstellungen im Polizeivollzugsdienst heftig mit der Thüringer Finanzministerin ringen müssen. Nicht nachlassen, Herr Maier, die Unterstützung der GdP Thüringen ist Ihnen sicher.

Neueinstellungen alleine sind aber leider nicht alles. Ja, die GdP Thüringen hat in den letzten vier Jahren hart um mehr Personal gerungen. Es war anstrengend genug, gegen die schwarze Null im Landeshaushalt mehr als die doppelte Zahl an Einstellungen innerhalb des Polizeivollzuges im Vergleich zu 2014 zu erreichen. Nicht erst jetzt ist die Entwicklung der Berufsbilder innerhalb der Polizei und dem Justizvollzug ein weiterer Baustein in der Arbeit der GdP Thüringen. In den kommenden Tagen, Wochen, Monaten und vielleicht auch Jahren werden wir unsere Anstrengungen aber verstärken müssen, das heißt, einen sehr großen Teil der Debatten zwischen GdP, Ministerien und der Landesregierung wird die Steigerung der Attraktivität der verschiedenen Berufsbilder einnehmen. Da geht es neben den Entwicklungsmöglichkeiten für die Vollzugsbeamten mit gleicher Vehemenz um die Chancen für Verwaltungsbeamte und die Auflösung der völligen Perspektivlosigkeit von Tarifbeschäftigten. Es gibt für die GdP keinen wichtigeren Bereich. Die Gene der GdP

bestehen zu fast 95% aus Polizei. Wieso nur 95%, wird sich vielleicht der eine oder andere jetzt fragen. Na, das ist leicht erklärt, wir vertreten ja auch eine noch kleine, hoch aktive Gruppe von Beschäftigten innerhalb des Thüringer Justizvollzuges. Die Analyse der Gene der GdP Thüringen ergibt seit ihrer Gründung genau diesen Dreiklang der verantwortlich dafür ist, dass Polizei und Justiz funktionierten. Dieser Dreiklang entfaltet sich aber eben nur in einer ausgewogenen Mischung von Vollzug, Verwaltung und Tarif wirklich gut. Dafür müssen alle Beschäftigten der drei Bereiche gute Arbeitsverhältnisse und gute Verdienste in und für ihre Tätigkeiten finden. Was dafür notwendig ist? Das werden die Delegierten anlässlich des 8. Landesdelegiertentages am 22. und 23. März der GdP Thüringen ihrem Landesvorstand und dem neu gewählten geschäftsführenden Landesvorstand ganz sicher in das Lastenheft der nächsten vier Jahre geschrieben haben.

Wenn diese Zeilen in der Deutschen Polizei ihren Weg in die Briefkästen unserer Mitglieder gefunden haben, liegt unser Landesdelegiertentag hinter und die Personalratswahlen vor uns. Personalratswahlen sind, wie es für Wahlen nun mal üblich ist, davon geprägt, dass in unserem Fall verschiedene Gewerkschaften und Interessenverbände um die Stimmen der Wähler werben. Manchmal gibt es Allianzen und manchmal „Freie Listen“. So geht Demokratie, wenn es einem Landesvorsitzenden auch nicht immer gefällt. Durch sogenannte „Freie Listen“ werden die Ergebnisse der Gewerkschaftslisten immer geschwächt werden. Deshalb ist es wichtig, die Vertreterinnen von „Freien Listen“ anzusprechen und zu hinterfragen, warum sie sich die Unterstützung einer starken Gewerkschaft nicht sichern wollen. Die GdP Thüringen wird immer in Zusammenarbeit mit Personalräten um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in Polizei und Justiz ringen.

**Deshalb: Geh deinen Personalrat wählen!**



# Ministerpräsident spricht mit Gewerkschaften

**Erfurt (wg).** Die Gewerkschaft der Polizei hat mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften an einem Verbändegespräch mit der Landesregierung teilgenommen. Der Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) lud die Gewerkschaften und die Minister bzw. deren Vertreter ein, um gemeinsame Themen unter seiner Moderation zu diskutieren.

Zielstellung des Ministerpräsidenten ist es vor allem, die Philosophie der Landesregierung zu vermitteln und andererseits die Sorgen und Nöte der Beschäftigten durch deren gewerkschaftliche Vertreter kennenzulernen. In seiner Eingangsrede ging Ramelow vor allem auf die Schwerpunkte seiner gesamten Tätigkeiten ein. So beschrieb er zum Beispiel, dass er das Logistikzentrum von Zalando in Erfurt zunächst nicht besuchte, da kein Betriebsrat bestand. Es dauerte nur ein halbes Jahr bis der Betriebsrat ihn einlud, um so mit dem Ministerpräsidenten ins Gespräch zu kommen. Philosophien sind vermittelbar, wenn man seinen politischen Weg geht.

Er erläuterte, dass er die Mitglieds-gewerkschaften vor dem Besuch seiner Einrichtungen nach Problemen, gemeinsam interessierenden Themen und Anregungen anfragt. So eine Arbeitsweise würde die GdP bei ihren Gesprächen dem den Innen- und dem Justizministerium sicher weiterbringen.

Nach dem Eingangsstatement des MP führte Minister Wolfgang Tiefensee (SPD) zum Thema Wirtschaft aus. Hierbei beschrieb er, dass er mit dem DGB vier Wochen vor der Ressortabstimmung einen „Clearing-Beirat“ durchführt. In diesem Beirat könnten nach seiner Erfahrung Gedanken offen ausgetauscht und verschiedene Standpunkte und Sichtweisen offen diskutiert werden, ohne das am nächsten Tag bereits eine große Medienkampagne zu befürchten sei. Auch im Arbeitsministerium berichtet das Ressort bei den Themen von einer rechtzeitigen Sozialpartnergesprächsrunde. Diese wurde vor allem in Bezug auf die Themen Fachkräftemangel und Arbeit 4.0 sehr gut umgesetzt.

Als nächstes waren die Bereiche Justiz und Polizei an der Reihe. Die oben beschriebene Arbeitsweise anderer Ministerien ist in den beiden Ressorts offensichtlich nicht gebräuchlich. GdP-Chef Kai Christ nannte für beide Bereiche gravierende Probleme und führte aus, dass Verwaltungsbeamte und Polizeivollzugsbeamte in Thüringen teilweise noch immer im Eingangsamt in den Ruhestand gehen. Die daraus resultierende Versorgung bedürfe jedoch unter Umständen eines Zuschusses des Staates, um ein angemessenes Leben führen zu können. Er schlug daher vor, das Eingangsamt auf A 8 anzuheben. Mit Hinweis auf die dadurch entstehenden Kosten für den Freistaat wurde dieser Vorschlag von beiden Ressorts abgelehnt. Unterstützung erhielten die Ministeriumsvertre-

ter dabei auch vom Finanzministerium. Aus Sicht beider Ressorts, sei man zufrieden noch den mittleren Dienst zu haben und keine zweigeteilte Laufbahn. Dies werde gegenwärtig auch nicht infrage gestellt, Sicherheit gebe es aber nicht zum Nulltarif, so Christ.

Weiteres Thema war die Beförderungssituation. Hier nannte die GdP vor allem den Beförderungsstau nach A 9. Thüringen habe den höchsten Anteil von Beamten des mittleren Dienstes bundesweit und die geringste Zahl von Beförderungsstellen. Christ erneuerte die Forderung nach einer Erhöhung der Zulagen, beispielsweise 5 Euro Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Er verwies auf den fortschreitenden Personalabbau trotz Aussetzung des Stellenabbaupfades und er sprach über die Schließung von Haftanstalten und die daraus für die dort Beschäftigten entstehenden Probleme. Auch bei diesen Themen gingen die Meinungen von Gewerkschaften und Ministerien weit auseinander.

Da der Klärungsbedarf im Bereich des öffentlichen Dienstes sehr hoch ist, soll es nun einen zusätzlichen Termin geben, an dem aufseiten der Gewerkschaft der DGB und die Einzelgewerkschaften GdP, GEW und ver.di und aufseiten der Landesregierung Innen-, Justiz- und Finanzministerium vertreten sein sollen. Dieser Weg wird auf beiden Seiten positiv gesehen. Justizminister Dieter Lauinger (B 90/Die Grünen) verwies auf die Erhöhung der Justizvollzugszulage im letzten Besoldungsanpassungsgesetz.

Zu den Haftanstalten gab es keine weiteren Aussagen. Im Staatsvertrag sei das Wesentliche dazu enthalten. Auch die Themen Personalvertretungsgesetz und zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse für den Beamtenbereich sollen in einem weiteren Termin besprochen werden. Die GdP-Vertreter wollen dann endlich Ergebnisse für die Beschäftigten erreichen. Über die Situation sei genug gesprochen, nun müssten endlich auch Taten folgen, forderte der GdP-Chef.



**Ministerpräsident Bodo Ramelow (l.) im Gespräch mit Gewerkschaftern**  
Foto: Gäbler



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Edgar Große (V.i.S.d.P.)  
Telefon: (01520) 8862464  
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

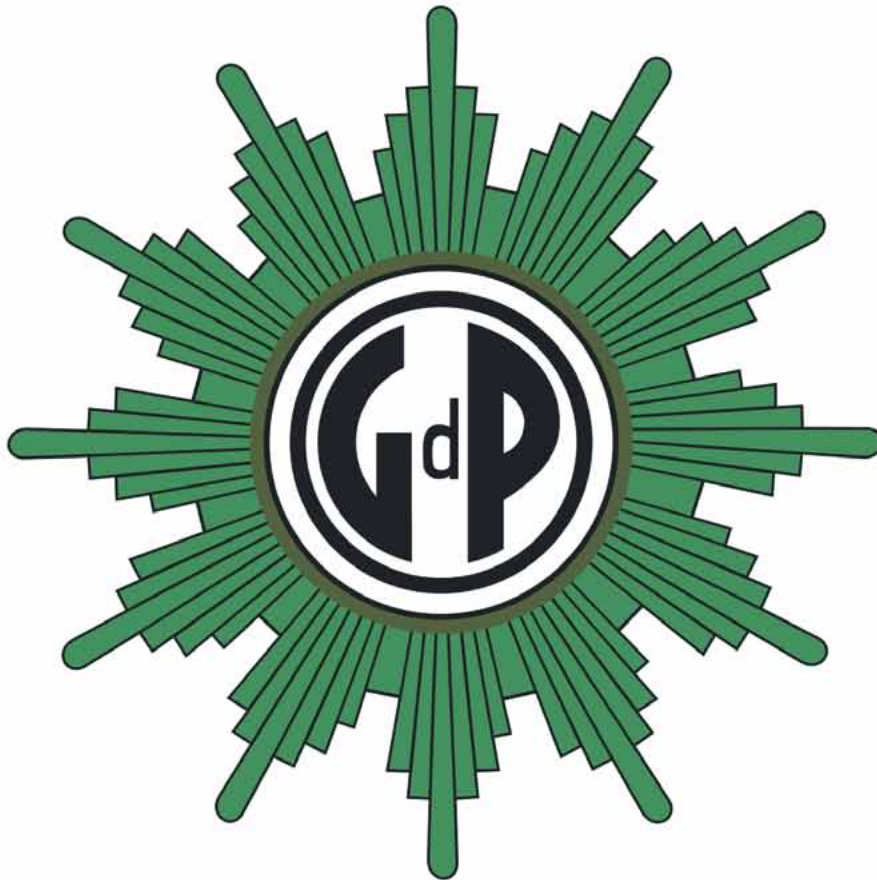
**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828



PERSONALRATSWAHLEN

**G**eh  
**d** einen  
**P**ersonalrat wählen!



**PERSONALRATSWAHLEN**  
**15 - 17. Mai 2018**

Personalvertretungen sichern das Recht auf Mitbestimmung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie bewahren abhängig Beschäftigte vor Gefahren aus ihrer Tätigkeit. Das Personalvertretungsgesetz dient dem Ausgleich von Interessensgegensätzen in der Verwaltung und fördert die Eigenständigkeit und Selbstverwaltung der Beschäftigten. Ohne Personalräte gibt es keine Mitbestimmung für die Beschäftigten. Personalräte werden in geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt.

GdP-Vertreter in den Personalräten werden in den kommenden 4 Jahren neben den laufenden Aufgaben gemeinsam mit der GdP folgende Schwerpunkte bearbeiten:

- Bewältigung der Herausforderungen, die durch die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt für die Beschäftigten entstehen
- Ausweitung des Abschnitts Polizeiverwaltung der Entgeltordnung zum TV-L für eine leistungsgerechte Eingruppierungen aller Tarifbeschäftigten der Thüringer Polizei und Eröffnung von Entwicklungschancen für die Tarifbeschäftigten
- Schaffung einer Fachrichtung Polizeidienst in den einzelnen Laufbahngruppen, dadurch werden Verwaltungsbeamte in der Polizeiverwaltung mit Polizeivollzugsbeamten nahezu gleichgestellt

Go  
Person  
starke  
für  
Intere



## PERSONALRATSWAHLEN

- Die Gestaltung der Arbeitszeit ist eines der wichtigsten Themen in der Thüringer Polizei. Die GdP Thüringen hat dazu einen Forderungskatalog Arbeitszeit erstellt, der gemeinsam von der Gewerkschaft und den Personalräten (je nach gesetzlichen Aufgaben und Rechten) umgesetzt werden soll.
- Wiedereinführung einer attraktiven Altersteilzeit
- Verbesserung der Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten inklusive unproblematischer Gewährung von Sonderurlaub
- Erhöhung der Attraktivität des Schichtdienstes, der ist und bleibt das Rückgrat der Thüringer Polizei. Dienstplangestaltung, finanzielle Anreize, Arbeitszeitvergünstigungen, Faktorisierung der Lebensarbeitszeit oder Urlaubsvergünstigungen sind mögliche Maßnahmen für Schichtbeamte.
- Verbesserung von Ausrüstung und Ausstattung der Thüringer Polizei. Diese muss zeitgerecht und orientiert an den jeweiligen Erfordernissen der Polizei beschafft und bereitgestellt werden. Auch Beamte in Ausbildung haben ein Recht auf vollständige Ausrüstung und Ausstattung.

Das setzt aber voraus, dass so viele Beschäftigte wie möglich an den Wahlen teilnehmen und das Angebot der GdP annehmen. Nur wer wählen geht hat auch eine Wahl. Wer nicht wählt verschenkt nicht nur seine Stimme.

IP-  
alräte -  
Partner  
Eure  
essen



**Deine**  
**STIMME** **E**  
**zählt**

**Personalräte sind die demokratisch legitimierte Vertretungen der Bediensteten**

Sie stehen für Solidarität, Demokratie und für Kampfgeist.

**Demokratie ist kein Service, sondern lebt vom Engagement jedes Einzelnen.**

**Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist elementarer Bestandteil der demokratischen Ordnung.**

**Eure Sorgen – unser Antrieb –  
wählt Liste GdP**



# Wahlen und Rentensteuer

**Jena (SV). Am 21. Februar 2018 trafen sich mehr als 30 Senioren der Kreisgruppe Jena zur Mitgliederversammlung. Die Seniorengruppe wählte sich turnusmäßig einen neuen Vorstand. Weiter standen aktuelle Informationen zu Rentenfragen und das Thema Rentensteuer auf dem Programm.**

Vor der Neuwahl des Vorstandes zog der Vorsitzende der Seniorengruppe, Edgar Große, Bilanz über die vergangenen beiden Jahre. Er konnte auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Organisiert vom gesamten Vorstand wurde fast jeden Monat eine Veranstaltung für die Senioren durchgeführt. Die Palette reicht von mehrtägigen Seniorenfahrten über Besichtigungen in Instituten und Unternehmen, Kabarettbesuchen und Stadtführungen bis hin zur Landesgartenschau. Dazu hat sich die Seniorengruppe an den Tarifauseinandersetzungen 2017 beteiligt, an der Einsatzbetreuung bei einem Großeinsatz der Polizei in Jena mitgewirkt und den Infostand der GdP beim Thüringentag in Apolda mit betreut. Große dankte allen Vorstandsmitgliedern und Senioren, welche die Arbeit der Seniorengruppe in den letzten beiden Jahren mitgestaltet haben. Besonders erinnerte er noch mal an das verstorbene Vorstandsmitglied Uschi Lämmerzahl. Otto Ulrich, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr im Vorstand mitarbeiten kann, wurde ebenfalls für seine langjährige Arbeit im Vorstand hervorgehoben.

Bei der Neuwahl des Vorstandes waren sich die Senioren schnell einig: Edgar Große wurde als Vorsitzender wiedergewählt. Bernd Eichhorn erhielt erneut das Vertrauen als stellv. Vorsitzender. Neu als stellv. Vorsitzender wurde Burkhardt Gieske gewählt. Als Beisitzer gehören dem Vorstand die wiedergewählten Vorstandsmitglieder Siegfried Jantschek, Sigrid Große und Heinz Folgmann an und erstmals in den Vorstand wurde Petra Oschatz gewählt. Sie gehört wie Burkhardt Gieske zu den „Jungrentnern“.

Im Informationsteil der Veranstaltung berichtete der Vorsitzende zunächst über den aktuellen Stand der Anerkennung des Pflegegeldes der ehemaligen Volkspolizisten als Rentenbestandteil. Das Sächsische Landessozialgericht hatte im Januar in zwei Fällen auf Anerkennung des Pflegegeldes für die Rentenberechnung entschieden. Die Urteile sind allerdings noch nicht rechtskräftig. Nach Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat nun im vierten Bundesland ein Sozialgericht zugunsten der Betroffenen entschieden. Nur Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen weigern sich hartnäckig, das Thema anzufassen. Anträge von Betroffenen aus den Jahren 2007 und 2009 wurden ruhend gestellt und schlummern seitdem vor sich hin. „Wie lange will die Landesregierung den Betroffenen noch ihre berechtigten Ansprüche vorenthalten?“ „Spekuliert man in Erfurt vielleicht darauf, dass bis zu einer Entscheidung noch möglichst viele der Betroffenen ver-

sterben werden und sich dadurch Kosten sparen lassen?“ „Aufwachen in Erfurt, wir sind im 29. Jahr nach der Wiedervereinigung.“ So lauteten die Kommentare von Teilnehmern.

In der Folge informierte Große über den aktuellen Stand in der Rentenbesteuerung. Wer im Jahr 2018 erstmals eine Rente bezieht, der muss bereits 76% seiner Rente versteuern. Pensionen sind ohnehin steuerpflichtig. Hat jemand, der 2018 erstmals eine Rente bezieht und keine weiteren Einkünfte bezieht, eine Rente von mehr als 1150 Euro im Monat, dann muss er/sie bereits mit einer Steuerpflicht rechnen. Auch bei den Rentnern, die schon länger eine Rente beziehen, kann inzwischen eine Steuerpflicht bestehen. Hatte ein Rentner 2005 eine Jahresbruttorente von 12 000 Euro, dann waren 6000 davon steuerfrei. Alle Rentenerhöhungen seitdem sind aber allein zulasten des Rentners gegangen. Seine Jahresbruttorente würde heute mehr als 15 500 Euro betragen, davon wären mehr als 9500 Euro steuerpflichtig, weil der einmal festgesetzte Steuerfreibetrag unverändert bleibt. Auf diese Summe könnten unter Umständen bereits Steuern fällig werden. Bei Ehepaaren verdoppeln sich die o. g. Beträge, vorausgesetzt, sie werden steuerlich gemeinsam veranlagt. Große empfahl deshalb den Senioren, sich steuerlich selbst kündigt zu machen oder beraten zu lassen, damit nicht eines Tages Bescheide mit Steuernachzahlungen ins Haus flattern.



Großes Interesse der Senioren



Der neu gewählte Vorstand

Fotos: SG Jena





# Aktuelle Probleme im Tarifbereich in ...

## ... Thüringen

Wenn in der Thüringer Polizei schon mal Tarifbeschäftigte eingestellt werden können, dann überwiegend nur als Bürosachbearbeiter/-in/Schreibkraft in der Entgeltgruppe E 3 TV-L und mit wenigen Ausnahmen in der Entgeltgruppe E 5. Das Aufgabengebiet sowie die erwartete Voraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung z. B. als Fachkommunikationsangestellte entsprechen überhaupt nicht den täglich erbrachten Leistungen der Tarifbeschäftigten. Die Tätigkeitsdarstellung und -bewertung erfolgt entsprechend Teil I Allgemeine Tätigkeitsmerkmale für den Verwaltungsdienst und berücksichtigt nicht die Besonderheiten im Polizeialltag. Der Dienstherr ist der Meinung, dass den Tarifbeschäftigten nur solche Tätigkeiten übertragen werden dürfen, die den Tätigkeitsmerkmalen ihrer Entgeltgruppe im Arbeitsvertrag entsprechen. Aufgabenübertragungen, die zu einer Änderung der Entgeltgruppe führen, bedürfen vorher der ausdrücklichen Genehmigung der Behördenleitung.

Dieses wird durch die Gewerkschaft der Polizei und ihre Vertreter in den Personalräten anders gesehen und ist auch ständiger Gesprächspunkt mit der Behördenleitung. **Wichtig ist die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit.** Unverständlich ist die Tatsache, dass Tarifbeschäftigte immer noch keine aktuellen Tätigkeitsbeschreibungen haben. Nur eine vollständige Beschreibung aller relevanten Tätigkeiten stellt eine richtige Bewertung sicher. Es kann nicht sein, dass für die Ausübung der gleichen Tätigkeit ein Kollege die E 3 und sein Gegenüber die E 5 TV-L bekommt. In den Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei ist ein nicht beträchtlicher Teil höherwertiger Tätigkeiten vorhanden. Ist jedoch die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten ohne Genehmigung beabsichtigt und begründet einen Höhergruppierungsanspruch, sind Regressprüfungen zu veranlassen. Zur Haftung sollen die Vorgesetzten herangezogen werden.

Monika Pape

## ... Sachsen

Neben vielen einzelnen persönlichen Problemen zur Eingruppierung, Stufenzuordnung oder der Übertragung von Aufgaben außerhalb der (wenn vorhandenen) Tätigkeitsbeschreibung ist das Hauptproblem unserer Beschäftigten die Akzeptanz ihrer Arbeitsleistung. Den politisch Verantwortlichen und Teilen der Polizeiführung ist scheinbar nicht wirklich bewusst, dass Polizeiarbeit Teamarbeit ist. Nur so ist zu erklären, dass seit Jahren an den sogenannten Verwaltungshilfsdienstleistungen herumgestrichen wird. In jedem Stellenabbauprogramm der letzten Jahre wurde im Tarifbereich Potenzial zur Streichung gesehen.

Jetzt, nachdem der Mangel an Polizisten nicht mehr zu verheimlichen ist und in Sachsen eintausend neue Stellen bereitgestellt werden, wird der Tarifbereich wieder vernachlässigt. Für diesen Bereich ist der Stellenabbau durch die Staatsregierung nur ausgesetzt und ein sogenanntes Verwaltungssoll für die Polizei, in dem sich jeder benötigte Beschäftigte festgeschrieben wiederfindet, noch nicht erstellt. Wenn dann doch durch Dienststellen Tarifstellen ausgeschrieben und besetzt werden, wird versucht, mit geringeren Eingruppierungen qualifiziertere Aufgaben erledigen zu lassen und es obliegt den Beschäftigten, wann und wie sie eine gerechte Entlohnung einfordern. Bürodienste mit einer Ausbildung und entsprechender Tätigkeit gehören nicht in eine EG 3! Wir können es uns nicht leisten, qualifizierte Mitarbeiter nur mit „Anlern Tätigkeiten“ zu betrauen, um zu sparen.

Nur mit gut ausgebildeten und entsprechend mit Aufgaben betrauten Tarifbeschäftigten ist das gesamte Aufgabenspektrum der sächsischen Polizei zu meistern und der Vollzugsdienst wirksam zu unterstützen. Es ist eine Frage der Zeit, wann weitere gut qualifizierte Tarifbeschäftigte in andere Bundesländer oder die Wirtschaft abwandern, weil dort mehr Wertschätzung für die zu erbringende Arbeitsleistung vorhanden ist. Jörg Günther

## ... Sachsen-Anhalt

Uns ist bekannt, dass die notwendige Personalstärke in der Verwaltung nicht mehr vorhanden ist. Die Istanalyse von 2016 zur Verwaltungszentralisierung hat ergeben, dass 1121 Vollbeschäftigteneinheiten (heute Vollzeitäquivalente) die täglichen Aufgaben der Polizei erledigen. Weiterhin wird an Abbauzahlen in der Verwaltung festgehalten.

Abbauzahlen – das heißt im Klartext: Es gibt bei der Polizei Tarifbeschäftigte, deren Tätigkeiten nicht notwendig sind. Sie erledigen somit Arbeiten, die nicht gebraucht werden, wegfallen können und müssen, da die Definitionen dieser Aufgaben fehlen. Diesem Konstrukt gegenüber stehen die Erhöhung der Neueinstellungen im Polizeivollzug sowie keine fundierten Abbaupläne im Aufgabenzuschnitt.

Nun soll zum wiederholten Male eine Umstrukturierung der Polizei alles richten. Jeder Einzelne will natürlich wissen: Was wird aus mir? (Arbeitsanfall und -ort, Eingruppierung, Tätigkeit) Gibt es für mich endlich ein Personalentwicklungskonzept in dem ich mich wiederfinde? Umstrukturierung heißt immer erhöhter Personalbedarf in der Umstrukturierungsphase, um am Ende in die Nachhaltigkeit zu gelangen. Wenn die demografischen Abgänge für die nächsten Jahre betrachtet würden und dafür schon jetzt neues Personal kurzfristig eingestellt würde, wäre die Zentralisierung der Verwaltungsaufgaben ein probates Mittel den Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen.

Wie Bereiche in der Polizeiverwaltung kaputt gespart werden können sieht jeder, der die IT-Polizei Sachsen-Anhalt kennt. Seit Jahren wurde gespart, was auch Outsourcing nicht mehr kompensieren kann. Die gleiche Problematik wird es demnächst in der Verwaltung geben. Scheinbar muss ein Fehler mit einem weiteren Fehler zementiert werden. Jeder Hausbesitzer weiß, wenn er in seinem Haus leben muss, kann er nicht alle Räume gleichzeitig renovieren.

